NACHRICHTEN AG
Deutschland

02. Mai 2025

Ermittlungen gegen Schweizer wegen Bombendrohungen an Schulen und Bahnhöfen!

Ermittlungen gegen einen 20-jährigen Schweizer wegen Bombendrohungen in Österreich: Schulen, Bahnhöfe und Kosten von 800.000 Euro betroffen.

Salzburg, Österreich - Ein 20-jähriger Schweizer steht im Mittelpunkt von Ermittlungen zu einer Serie von Bombendrohungen, die im Jahr 2024 in Österreich eingingen. Diese Bedrohungen, die sich gegen Schulen, Einkaufszentren und Bahnhöfe richteten, führten zu umfangreichen Polizeieinsätzen und Evakuierungen, wie **Kosmo** berichtet. Trotz der Schwere dieser Drohungen wurden bislang keine tatsächlichen Sprengsätze entdeckt. Die Staatsanwaltschaft in der Schweiz hat mittlerweile Ermittlungen gegen den Verdächtigen eingeleitet, dessen Fall derzeit bei der Anklagebehörde in St. Gallen liegt.

Die Ermittlungen konnten dem 20-Jährigen, der in seinem Heimatland polizeibekannt ist und unter psychischen Problemen leidet, vier Bombendrohungen zuweisen. Diese spezifischen Drohungen betrafen ein Einkaufszentrum in Salzburg sowie den Bahnhof in Wels, einschließlich Bildungseinrichtungen in Graz und Linz. Weitere Verantwortliche bleiben hingegen noch unbekannt. Zudem führen einige Ermittlungsstränge zu möglichen Nachahmern und einer Gruppierung in Deutschland, während ein abschließender Bericht über die gesamte Situation erwartet wird.

Ermittlungen und rechtliche Folgen

Die österreichischen Behörden haben bereits seit dem 30. September 2023 Ermittlungen eingeleitet, die sich auf insgesamt 27 anonyme Bombendrohungen beziehen. Diese Drohungen wurden überwiegend per E-Mail übermittelt und waren nicht nur auf Bahnhöfe, sondern auch auf Schulen und Einkaufszentren gerichtet. Wie **SRF** berichtet, hatten die ersten fünf Drohungen gegen Bahnhöfe Auswirkungen auf etwa 450 Züge und tausende Fahrgäste, was zu Unterbrechungen des Zugverkehrs von insgesamt rund acht Stunden führte.

Die Polizei evaluiert die Situation weiterhin, während die Staatsanwaltschaft Linz drängt, den Fall zu übernehmen, falls eine Auslieferung des Verdächtigen nicht möglich ist. Laut den zuständigen Stellen wurde der Verdächtige zwar festgenommen, jedoch wurde seine Auslieferung an Österreich seitens der Schweiz abgelehnt. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft in St. Gallen bestätigte, dass der Mann der Auslieferung nicht zustimmte und dass eine Untersuchungshaft nicht beantragt wurde.

Öffentliche Sicherheit und Kosten der Einsätze

Die zahlreichen Bombendrohungen haben nicht nur zu

Verunsicherung in der Bevölkerung geführt, sondern auch erhebliche Kosten verursacht. Durchschnittlich beliefen sich die Kosten pro Polizeieinsatz auf rund 30.000 Euro, was insgesamt einen finanziellen Schaden von nahezu 800.000 Euro nach sich zog. Um die öffentliche Sicherheit zu wahren, untersucht der Staatsschutz auch ähnliche Drohungen in der Schweiz und Deutschland. Ein Hinweis darauf, dass Bombendrohungen strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen können, ist die Bestimmung, dass Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe oder Geldstrafe geahndet werden kann, wie **Tagesschau** anführt.

Die Behörden setzen alles daran, die Versender solcher Drohungen zur Rechenschaft zu ziehen. In Anbetracht der hohen Einsatzausgaben ist es möglich, dass die Kosten den Verursachern in Rechnung gestellt werden. Polizei- und Staatsschutzmaßnahmen haben im gesamten Land bereits zu großflächigen Evakuierungen und massiven Polizeieinsatz geführt, wobei hunderte Menschen betroffen waren und zukünftige Vorfälle nicht ausgeschlossen sind.

Details	
Ort	Salzburg, Österreich
Quellen	• **www.kosmo.at** • **www.srf.ch** • **www.tagesschau.de**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at